



Delegierter für das Flüchtlingswesen
Délégué aux réfugiés
Delegato ai rifugiati

p. B. 41.21. S.L.O.

al

3003 Bern, 22. März 1989

777.54/0.1 Pas/geh

Vertraulich

Der Delegierte für das
Flüchtlingswesen
Herrn P. Arbenz

LAGEBEURTEILUNG SRI LANKA

(April 1988 bis Februar 1989)

Inhaltsverzeichnis:

Seite:

1. Einleitung	1
2. Gesuchseingänge srilankischer Staatsangehöriger	2
3. Chronologischer Ueberblick der Hauptereignisse	4
4. Politische Kräfte	17
5. Menschenrechtssituation	25
6. Rückkehr srilankischer Staatsangehöriger in ihr Heimatland	29
7. Schlussfolgerungen	32



1. EINLEITUNG

Die vorliegende Lagebeurteilung deckt den Zeitraum April 1988 bis Februar 1989 ab. Sie basiert auf der Auswertung aller dem DFW zugänglichen Quellen unterschiedlicher Provenienz. Dazu zählen insbesondere Informationen der Schweizer Vertretung in Colombo, des UNHCR in Genf, Berichte von Amnesty International, Pressemeldungen aus einem Grossteil der in- und ausländischen Berichterstattung, Informationen aus mehreren srilankischen Zeitungen, Berichte des Home for Human Rights und entsprechende Artikel aus Fachzeitschriften. Bezüglich der Informationsmöglichkeiten in Sri Lanka selbst ist einschränkend darauf hinzuweisen, dass diese vor allem im Norden und Osten des Landes nicht vollumfänglich gewähr-leistet waren. So konnten erst im Herbst 1988 die ersten ausländischen Korrespondenten diese Gebiete aufsuchen. Die Lagebeurteilung weist folgende Gliederung auf: Einleitend finden sich Angaben über die neuen Gesuchseingänge srilankischer Staatsangehöriger. Das nächste Kapitel ist der überblicksmässigen Darstellung der Hauptereignisse im untersuchten Zeitraum gewidmet. Sodann folgen einige wesentliche Informationen zu den politischen Hauptprotagonisten Sri Lankas in der gegenwärtigen Konstellation. Ein weiteres Kapitel beschäftigt sich mit der Menschenrechts- und Rückkehrproblematik. Den Abschluss der Lagebeurteilung bilden die Schlussfolgerungen.

2. GESUCHSEINGAENGE SRILANKISCHER STAATSANGEHOERIGER

2.1. Numerische Entwicklung der Gesuchseingänge im Vergleich

	1986	1987	1988	1989
Januar	35	178	53	506
Februar	71	115	16	337
März	62	126	23	403
April	34	82	40	
Mai	32	73	37	
Juni	34	58	81	
Juli	22	112	87	
August	46	45	82	
September	39	29	124	
Oktober	57	26	243	
November	65	13	331	
Dezember	102	38	402	
Total	599	895	1516	843

Seit Juni 1988 ist ein kontinuierlicher Anstieg srilankischer Asylgesuche zu verzeichnen, nachdem es seit der Unterzeichnung des indo-srilankischen Abkommens im Juli 1987 zu einer Stabilisierung der Gesuchseingänge auf einem relativ niedrigen quantitativen Niveau gekommen war. Im Januar 1989 erreichte die Anzahl der Sri Lanka-Gesuche den bisherigen absoluten Monatshöchststand und überstieg damit sogar diejenige der Gesuche türkischer Staatsangehöriger.

2.2. Qualität der neuen Gesuche

Nur ausnahmsweise berufen sich die srilankischen Gesuchsteller auf die allgemeine Lage in ihrem Heimatland. Stattdessen machen sie eine individuelle und oft massive Verfolgung (Haft/Misshandlungen) seitens der Indian

Peace Keeping Force (IPKF) geltend. Zudem werden häufig Einschüchterungen und Bedrohungen seitens der Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) und in letzter Zeit auch seitens der Eelam People's Revolutionary Liberation Front (EPRLF) vorgebracht. Somit entsteht das Bild von unschuldigen Zivilisten, die zwischen die Fronten geraten sind, zumal die allermeisten Gesuchsteller angeben, sich politisch nicht aktiv betätigt zu haben.

Bezüglich der Identität der einreisenden Sri Lanker ist anzumerken, dass diese bei der Mehrzahl der Gesuchsteller nicht feststeht. In der Regel erfolgt die Ausreise allerdings mit einem echten srilankischen oder einem gefälschten indischen Reisepass, der angeblich entweder vom Schlepper abgenommen wird oder unterwegs verloren geht. Vermehrt kommt es vor, dass nachträglich die Identitätskarte zu den Akten gegeben oder eine Geburtsurkunde eingereicht wird.

In den letzten Monaten hat sich zudem die Tendenz verstärkt, dass bereits in der Schweiz lebende Tamilen ihre Verwandten (Bruder/Schwester) nachkommen lassen, und es somit zunehmend zu Clanbildungen kommt. Recht häufig reisen überdies Frauen samt Kindern ihren Ehemännern nach oder gelangen junge Tamilinnen zwecks - arrangierter - Heirat in unser Land. Seit einigen Monaten reisen vermehrt minderjährige Tamilen ohne Begleitung von der Bundesrepublik Deutschland her in die Schweiz ein; so alleine in den Monaten Dezember 1988 bis Februar 1989 181 Personen zwischen 16 - 18 Jahren, 4 Personen 14- bzw. 15-jährig und 5 unter 15 Jahren.

3. CHRONOLOGISCHER UEBERBLICK DER HAUPTEREIGNISSE

April 1988

Das Ausmass gewalttätiger Aktionen und die Zahl der Toten nahmen in diesem Monat zu. Bei einem Ueberfall der "Tigers" auf zwei muslimische Dörfer in der Nähe von Batticaloa kamen über 40 Personen ums Leben. Im Norden des Landes ermordeten tamilische Separatisten auf offener Strasse vierzehn singhalesische Dorfbewohner. Bei einem Angriff der LTTE auf ein Militärlager der Regierungstruppen wurden sieben srilankische Soldaten getötet. Einem Anschlag der Janatha Vimukhti Peremuna (JVP) auf eine Luftwaffenbasis in der Nähe Colombos fielen zehn Regierungssoldaten zum Opfer.

In vier der neun Provinzen Sri Lankas - Uva, North Central, North Western und Sabaragamuwa - fanden am 28. April die im indo-srilankischen Vertrag vorgesehenen Wahlen in die Provinzräte statt. Diese Regionalwahlen hätten bereits Ende 1987 durchgeführt werden sollen. Die militärische Auseinandersetzung zwischen der indischen Friedenstruppe und den "Tigers" sowie die bürgerkriegsähnlichen Wirren verzögerten jedoch diesen wichtigen politischen Schritt immer wieder aufs neue. Bei einer durchschnittlichen Wahlbeteiligung von knapp 60% ging die regierende United National Party (UNP) aus dem Wahlgang siegreich hervor. Die United Socialist Alliance (USA) erhielt mehr Unterstützung als erwartet und errang nahezu 40% der Sitze; der Rest entfiel auf den neugegründeten "Sri Lanka Muslim Congress". Der Ausgang der Wahlen, die trotz hoher Sicherheitsvorkehrungen von politischer Gewalt seitens der JVP geprägt waren, gibt jedoch keinen Aufschluss über die tatsächliche Parteienstärke. Die grösste Oppositionspartei des Landes nämlich, die "Sri Lanka Freedom Party" (SLFP) sowie eine Reihe kleinerer singhalesischer Parteien hatten zum Boykott der Provinzratswahlen aufgerufen und stattdessen Parlamentswahlen gefordert.

Mai 1988

Am ersten Mai-Wochenende kamen bei Anschlägen der LTTE auf zwei öffentliche Busse 37 Zivilisten ums Leben. Mitglieder der extremistischen JVP erschossen zwei prominente Parlamentsabgeordnete der regierenden UNP - G.V.S. de Silva und N. Fernando. Der letztere galt als ein enger Vertrauter des Staatspräsidenten Jayewardene. Bei anhaltenden Kämpfen zwischen indischen Truppen und tamilischen Separatisten im Norden und Osten Sri Lankas sind nach offiziellen Angaben neun Personen ums Leben gekommen.

Nach über fünfjährigem Verbot hat die srilankische Regierung überraschenderweise die JVP, die in den letzten Monaten Dutzende von politischen Morden verübt hatte, zur legalen Partei erklärt. Wie der Minister für nationale Sicherheit bekannt gab, hätten sich die Mitglieder der Volksbefreiungsfront verpflichtet, ihre Waffen bis Ende Monat abzugeben und ihre Guerillatätigkeit unverzüglich einzustellen. Im Gegenzug habe die Regierung zugesagt, das Verbot der JVP aufzuheben und alle inhaftierten Mitglieder der Organisation, mit Ausnahme der unter Mordanklage Stehenden, freizulassen. Der Führer der JVP, M.R. Wijeweera, dementierte jedoch am folgenden Tag den Abschluss eines solchen Abkommens. In einem an die Presse gerichteten Brief hielt er fest, seine Partei würde nie mit dem illegalen und mörderischen Regime von Staatspräsident Jayewardene verhandeln.

Juni 1988

Die zunächst auf den Mullaitivu-Distrikt konzentrierte militärische IPKF-Operation "Virat" wurde auf ein beträchtlich grösseres Gebiet ausgedehnt und mit dem Code-Namen "Checkmate" versehen. Nach indischen Angaben sollen während der Kämpfe über 100 LTTE-Kader getötet und mehrere Dutzend gefangen genommen worden sein. Die "Tigers" ihrerseits gaben an, über sechzig IPKF-Soldaten im Kampf getötet zu haben.

Die regierende UNP ist als klare Siegerin aus drei weiteren Wahlgängen für das Parlament in der West-, Zentral- und Südprovinz hervorgegangen. Die Partei des Staatspräsidenten eroberte auch in diesen Landesteilen rund 60% der Sitze. Die restlichen Mandate gingen zum grössten Teil an die "Vereinigte Sozialistische Allianz" sowie an den "Muslim-Kongress" und die "Liberales Partei". Massive Drohungen und Gewaltakte der militanten JVP schüchterten offenbar die meisten Wähler derart ein, dass die Wahlbeteiligung in ländlichen Gebieten lediglich 20% betrug, obwohl die Regierung auch diesmal massiven Polizei- und Armeeschutz aufgeboten hatte.

Somit konnten innerhalb von sechs Wochen in sieben der neun Distrikte Sri Lankas Wahlen zu Provinzparlamenten durchgeführt werden, aus denen die UNP stets als Siegerin hervorging, an denen aber die grösste Oppositionspartei - die SLFP - nicht teilnahm und deren Durchführung die militante JVP mit massivem Wahlterror erfolglos zu verhindern suchte.

Bereits im Vorfeld der Südprovinzwahlen hat Indien mit dem Abzug eines Teils seiner in Sri Lanka stationierten Truppen begonnen. Laut Angaben des indischen Hochkommissariats sollen in einer ersten Phase mindestens 3'000 indische Soldaten das Land verlassen. Indien hat mit diesem Schritt dem srilankischen Staatspräsidenten offenbar Wahlhilfe leisten wollen, denn die Bevölkerung im Süden, aufgestachelt und eingeschüchtert durch die JVP, ist mehrheitlich gegen die Präsenz indischer Soldaten auf Sri Lanka.

Juli 1988

An einem einzigen Tag brachten Angehörige der JVP sechs Mitglieder der regierenden UNP bei verschiedenen Mordanschlägen um. Bei einem Bombenanschlag in der Hafenstadt Trincomalee kamen sechs Personen ums Leben. Die Behörden verdächtigten separatistische Tamilen, die Bombe gelegt zu haben. Bei Gewaltakten anlässlich des ersten Jahrestages des indisch-srilankischen Friedensvertrages sind mindestens zwölf Menschen

ums Leben gekommen. Vor allem im Süden des Landes kam es trotz einer 48-stündigen Ausgangssperre zu gewaltsamen Ausschreitungen. Aus Protest gegen das indisch-srilankische Abkommen, das nach Ansicht der JVP den Tamilen zu grosse Freiheiten gewährt, errichteten Mitglieder dieser Organisation Strassensperren, schossen auf Züge und steckten Busse in Brand. Bereits einen Tag vor dem ersten Jahrestag des Abkommens haben mutmassliche separatistische Tamilen vierzehn singhalesische Bauern hingemetzelt.

Bei Nachwahlen hat die regierende UNP drei von vier freigeordneten Parlamentssitzen mit knapper Stimmenmehrheit gewonnen. Ein zentraler Wahlbezirk ging jedoch an die SLFP. Diese warf der Regierungspartei Wahlbetrug vor.

Die IPKF-Offensive "Checkmate" dauert mit ungebrochener Intensität an. Die Kämpfe, begleitet von Festnahmen, forderten erneut Dutzende von Opfern auf beiden Seiten.

August 1988

Bewaffnete Männer, bei denen es sich nach Vermutung der Behörden um tamilische Separatisten gehandelt haben soll, erschlugen im Distrikt Batticaloa fünf singhalesische Bauern mit Hacken. Sieben indische Soldaten starben bei einem Sprengstoffanschlag der LTTE auf Gleisanlagen im Bezirk Vavuniya. Bei einem Bombenanschlag auf einen Markt der Hafenstadt Trincomalee kamen neun Menschen ums Leben. Hinter dem Anschlag vermuten die Behörden als Täter die "Befreiungstiger". Im Süden des Landes wurden drei Polizisten und drei Zivilisten von regierungsfeindlichen Singhalesen erschossen.

Indische Truppen haben nach Angaben eines Militärsprechers im Verlaufe der Checkmate-Operation bei einer grossangelegten Suchaktion in den nördlichen Dschungelgebieten über 300 mutmassliche tamilische Rebellen festgenommen. Dabei sollen die indischen Soldaten 38 LTTE-Lager im Gebiet Mullaitivu-Vavuniya zerstört haben.

Im Norden und Osten Sri Lankas sollen nach Angaben von Staatspräsident Jayewardene in Kürze unter Aufsicht der indischen Ordnungsmacht Wahlen zum vereinigten Provinzrat stattfinden.

September 1988

Am ersten Wochenende dieses Monats fielen mindestens zwölf Sicherheitskräfte der Regierung Ueberfällen tamilischer Untergrundkämpfer zum Opfer. Bei einem Angriff tamilischer Rebellen auf ein Polizeifahrzeug im Osten des Landes kamen alle acht Insassen ums Leben. Erstmals ist ein Kabinettsmitglied - der Wiederaufbauminister - Opfer eines Mordanschlags geworden. Die Behörden vermuten den Täter in den Reihen der JVP.

Aus Protest gegen das Verschwinden singhalesischer Häftlinge und den Tod eines prominenten singhalesischen Menschenrechtsanwalts in Polizeihaft rief die JVP zu einem Generalstreik auf, der aus Angst vor Repressalien mehrheitlich befolgt wurde. Die srilankische Regierung hat hierauf den Notstand ausgerufen, um die Streikwelle der singhalesischen Bevölkerungsmehrheit zu unterbinden.

Das indische Militärkommando hat einen fünftägigen einseitigen Waffenstillstand gegenüber der LTTE verkündet und die militärische Offensive "Checkmate" im Nordosten des Landes unterbrochen. Diese Waffenpause wurde nochmals um fünf Tage verlängert, um die LTTE-Führer wieder an den Verhandlungstisch zu bringen. Diese haben im Gegenzug einen dauerhaften Waffenstillstand sowie direkte Friedensverhandlungen mit Indien verlangt.

Staatspräsident Jayewardene hat die Zusammenlegung der Nord- und Ostprovinz und damit die Durchführung der längst fälligen Provinzratswahlen für den Dezember angekündigt. Der indische Premierminister Gandhi hat Colombo wissen lassen, dass die indischen Truppen für eine geordnete Durchführung dieser Wahlen sorgen werden.

Die regierende UNP hat Premierminister Ranasinghe Premadasa als ihren Kandidaten für die Präsidentenwahl vom Dezember aufgestellt. Zuvor hatte Staatspräsident Jayewardene seinen Verzicht auf eine weitere, dritte Amtszeit erklärt und die Nominierung Premadasas empfohlen.

Oktober 1988

Mindestens neun Menschen sind an einem Tag im Nordosten Sri Lankas bei blutigen Unruhen ums Leben gekommen, die am ersten Tag der Frist zur Nominierung der Kandidaten für die Wahlen zum gemeinsamen Provinzparlament ausbrachen. Nach Angaben des Wahlamtes wurden vorläufig nur zwei der insgesamt sieben Distriktsekretariate für die Einschreibung von Kandidaten geöffnet. Die anderen blieben infolge von Drohungen der LTTE, welche die Wahlen verhindern will, geschlossen. Doch trotz massiver Drohungen und eines Boykottaufrufs seitens der tamilischen Extremisten nahmen drei Tamilenparteien - die EPRLF, die Eelam National Democratic Liberation Front (ENDLF) und die Tamil Eelam Liberation Organization (TELO) - am Wahlgang im Norden teil. Diese drei Tamilengruppen haben ein Wahlbündnis geschlossen und sind mangels Gegenkandidaten von der Wahlkommission direkt als gewählt erklärt worden. Sie verfügen nach diesem Urnengang im Norden zusammen über 36 der insgesamt 71 Sitze im künftigen Nord-Ostparlament und somit bereits zum jetzigen Zeitpunkt über die absolute Mehrheit. Das Interesse konzentriert sich auf die verbleibenden 35 Sitze im ethnisch wesentlich komplexeren Osten.

Bei einem von mutmasslich tamilischen Separatisten verübten Ueberfall auf zwei Dörfer im Norden Sri Lankas wurden insgesamt 83 Singhalesen umgebracht. Dies war das grausamste Massaker an Zivilisten seit fast einem Jahr. Der äusserst brutale Ueberfall ereignete sich am ersten Jahrestag des Ausbruchs der Kämpfe zwischen der indischen Friedenstruppe und den Tamil Tigers.

Die srilankische Regierung ordnete die Schliessung von 9800 Schulen im ganzen Land für die Dauer von zehn Tagen und diejenige der Universität Colombo für einen Monat an. Vorausgegangen waren Unruhen, bei denen Schüler und Studenten in Colombo und in der Südprovinz Busse in Brand gesteckt hatten. Bei den Brandstiftern soll es sich nach amtlichen Verlautbarungen um Anhänger oder Sympathisanten der JVP handeln. Die Proteste gegen die Regierung nahmen im Laufe des Oktobers weiter zu. Die Aktionen führten teilweise zum Zusammenbruch des öffentlichen Verkehrs. Ueber der Stadt Anuradhapura verhängte die Polizei nach Zusammenstössen mit Demonstranten eine 24-stündige Ausgangssperre. Schliesslich sah sich die Regierung am 24. Oktober veranlasst, für die Hauptstadt Colombo und die Südprovinz eine befristete Ausgangssperre zu verhängen. Die Sicherheitskräfte bekamen den strikten Befehl, auf jeden zu schiessen, der gegen die Ausgangssperre verstosse. In einer amtlichen Mitteilung hiess es, der Regierung lägen zuverlässige Informationen vor, wonach sich subversive Elemente zu Angriffen verschworen hätten, die unmittelbar bevorstünden. Gleich nach Verhängung der Ausgangssperre wurde auf ein Büro der regierenden UNP ein Bombenanschlag verübt, bei dem vier Menschen ums Leben kamen.

Indische Soldaten haben einen Führer der Tamil Tigers - genannt "Francis" - in seinem Versteck aufgestöbert und erschossen. Francis hatte den politischen Flügel der LTTE in den Distrikten Batticaloa und Amparai geleitet und als enger Vertrauter des LTTE-Führers Prabhakaran gelten.

November 1988

Im Süden des Landes sind sieben Mitglieder einer Familie ermordet worden. Die Behörden äusserten den Verdacht, dass singhalesische Nationalisten die Familie getötet hätten. Bei der Niederschlagung eines Aufstandes meuternder Häftlinge in Colombos Hochsicherheitsgefängnis Welikade sind 12 Gefangene getötet worden. Nach Angaben der Polizei waren rund 2000 Häftlinge aus ihren Gefängniszellen ausgebrochen und hatten drei Gebäudetrakte in Brand gesteckt, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Die srilankische Regierung sah sich nach Drohungen seitens der JVP veranlasst, ausländische Reiseunternehmen aufzufordern, ihre Touristen auf der Insel vorzeitig aus den Ferien nach Hause zu fliegen.

Ein von der JVP ausgerufenen dreitägiger, landesweiter Generalstreik wurde weitgehend befolgt. Geschäfte und Banken blieben geschlossen, der Verkehr kam grossenteils zum Erliegen. Auch in den staatlichen Betrieben und Behörden blieben die Angestellten trotz Entlassungsdrohungen der Regierung ihren Arbeitsplätzen fern. Unterdessen wuchs die innenpolitische Spannung wegen der massiven Präsenz von Militär und Polizei in den Strassen der Hauptstadt. Bei Protestaktionen gegen die Regierung sind im Süden des Landes mindestens 18 Menschen von Soldaten erschossen und rund 150 verhaftet worden.

Einen Tag nach diesen Vorkommnissen gab die Regierung bekannt, dass Personen, die anderen mit Mord oder Körperverletzung drohten, illegale Demonstrationen organisierten, an ihnen teilnahmen oder andere zur Teilnahme zwängen, unter dem geltenden Ausnahmezustand mit dem Tode bestraft würden.

Bei einem Ueberfall tamilischer Separatisten auf einen Bus im Distrikt Trincomalee sind 27 Menschen getötet worden. Bei allen Opfern handelte es sich um Singhalesen. Bei einer Wahlkampfveranstaltung des sozialistischen Präsidentschaftskandidaten O. Abeygunasekera in einem Wohnviertel Colombos explodierte ein gewaltiger Sprengsatz.

Nachdem mangels Gegenkandidaten ein Wahlgang in den nördlichen Wahlkreisen der frischvereinigten Nordost-Provinz unnötig geworden war, fanden am 19. November die letzten - von der LTTE erneut boykottierten - Wahlen in den östlichen Wahlkreisen statt. Aus diesen Wahlen, die ohne grosse Zwischenfälle verliefen, trug die tamilische EPRLF einen deutlichen Sieg davon. Der Muslim Congress eroberte 17 Mandate, die UNP einen Sitz. Während die singhalesische Bevölkerung, den Drohungen der JVP Rechnung tragend, mehrheitlich dem Urnengang fernblieb, sollen Tamilen und Muslime recht zahlreich in den schwerbewachten Wahllokalen erschienen sein. Nach offiziellen

Angaben betrug die Stimmbeteiligung rund 61%, was als Niederlage für die LTTE gewertet werden kann. Zum Chefminister des vereinigten Provinzparlaments wurde ein früherer Untergrundkämpfer, V. Perumal, berufen. Dieser kündigte sogleich die Bildung einer aus 800 früheren Untergrundkämpfern bestehenden freiwilligen Bürgerwehr an, welche die Sicherheit in der Region gewährleisten soll.

Dezember 1988

Staatspräsident J. Jayewardene hat der Forderung der Opposition nachgegeben, bei der Präsidentenwahl vom 19. Dezember neutrale ausländische Beobachter zuzulassen.

Bei einem Überfall auf eine von mehreren tausend Menschen besuchte Wahlveranstaltung sind der stellvertretende Vorsitzende der linksgerichteten Volkspartei Sri Lankas sowie vier weitere Menschen getötet worden.

Bei einem Feuergefecht zwischen der LTTE und IPKF im Norden Sri Lankas kamen acht Soldaten und dreizehn "Tigers" ums Leben. Bei politisch motivierten Gewalttaten sind während eines Wochenendes über dreissig Menschen umgekommen. Bei Kämpfen und Anschlägen im Vorfeld der Präsidentenwahlen sind im Verlaufe zweier Tage 26 Menschen getötet worden. Die Serie politischer Morde, in den letzten Wochen zum brutalen Alltag geworden, setzte sich auch am Vortag der Präsidentenwahl fort. Insgesamt 22 Menschen fielen Anschlägen der JVP, die den Wahlablauf durch Gewaltakte torpedieren wollte, zum Opfer. In zahlreichen Distrikten Sri Lankas gab es weder Wasser noch Elektrizität, weil militante Kräfte Anschläge auf die Leitungen verübt hatten. In Behörden, Banken und Privatbüros wurde nur noch - bedingt durch Drohungen der JVP - vereinzelt gearbeitet.

Der amtierende Ministerpräsident Ranasinghe Premadasa ist mit 5% Vorsprung auf seine härteste Konkurrentin, Frau Sirimavo Bandaranaike von der SLFP, zum neuen Staatspräsidenten Sri Lankas gewählt worden. Der Wahlkampf und der Wahltag waren von einer massiven Einschüchterungskampagne der JVP überschattet worden, die jedem mit der Ermordung drohte, der sich

an die Urnen wagte. In den letzten 30 Tagen wurden über 400 Menschen durch Gewaltakte, die vermutlich alle auf das Konto der JVP gehen, getötet; allein am Wahltag waren über 30 Opfer zu beklagen. In 49 Wahlbüros traten Beamte aus Furcht vor JVP-Racheakten gar nicht zum Dienst an. Trotzdem nahmen schliesslich von den 9,4 Mio. Wahlberechtigten rund 55% an den Wahlen teil. Auf dem Land jedoch, wo die Sicherheitskräfte den Schutz der Stimmbürger weniger garantieren konnten, war die Stimmbeteiligung z.T. wesentlich geringer.

Nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses erklärte Frau Bandaranaike, sie akzeptiere dieses nicht; beim Urnengang sei betrogen worden. Wahlbeobachter in Colombo waren sich jedoch einig, dass der Wahlgang im grossen und ganzen fair durchgeführt wurde. Die eigentliche Verliererin der Wahlen war die JVP, die ihren Einfluss auf die Bevölkerung offenbar überschätzt hatte.

Unmittelbar nach Bekanntgabe des Wahlresultats ordnete der abtretende Staatspräsident J. Jayewardene eine landesweite und unbefristete Ausgangssperre an, um Ausschreitungen zwischen Anhängern der Regierungspartei und der Opposition zu verhindern. Zugleich kündigte er für den 15. Februar 1989 Parlamentswahlen an.

Die srilankische Regierung hat das für den 31. Dezember 1988 vorgesehene Referendum um ein halbes Jahr verschoben. Die überwiegend tamilische Bevölkerung der Nord- und Ostprovinz soll dann darüber abstimmen, ob diese Gebiete auch künftig eine gemeinsame Verwaltungseinheit bleiben sollen.

Januar 1989

Ranasinghe Premadasa ist als neuer Präsident Sri Lankas vereidigt worden. Die Zeremonie fand unter strengen Sicherheitsvorkehrungen in einem buddhistischen Tempel in Kandy statt.

Die indische Regierung hat angekündigt, dass sie sofort mit dem Abzug ihrer rund 50 000 Soldaten aus Sri Lanka beginnen werde. Zunächst sollen zwei Bataillone mit jeweils 3 000 bis 4 000 Mann abgezogen werden. Der Abzug wird damit begründet, dass die Möglichkeiten separatistischer Gruppen, Schaden anzurichten, mittlerweile begrenzt worden seien.

Präsident Premadasa hat im Vorfeld der Parlamentswahlen eine Uebergangsregierung gebildet, in der er selber als Kabinettschef sowie Verteidigungs- und Finanzminister fungieren werde. Premadasa entliess gleichzeitig neun Minister aus dem alten Kabinett und hob das Ressort für nationale Sicherheit auf. Neben den genannten Ministerien wird Premadasa noch weitere neun Ministersessel übernehmen.

Am 10. Januar 1989 wurde der seit knapp sechs Jahren bestehende Ausnahmestand aufgehoben. Durch diese Handlung sollen vor allem JVP-Aktivisten, die in den vergangenen Monaten immer häufiger zu Opfern des Ausnahmestandes wurden, dazu bewogen werden, die Waffen niederzulegen und sich ins demokratische Gefüge des Landes einzugliedern. Die Aufhebung des Ausnahmestandes hat auch die Freilassung von weit über 2 000 politischen Gefangenen zur Folge. Damit hat Premadasa ein deutliches Zeichen gesetzt, ohne jedoch allzuviel zu riskieren: Das ebenso scharfe Anti-Terror-Gesetz bleibt vor derhand in Kraft.

Im Vorfeld der Parlamentswahlen nahmen die Gewaltakte in Sri Lanka sprunghaft zu: So fielen an einem einzigen Tag 44 Menschen politisch motivierten Anschlägen vor allem seitens der JVP zum Opfer. Im Monat Januar sind überdies insgesamt zehn Kandidaten für die Parlamentswahlen vom 15.2.1989 ermordet worden. Dies hat den Staatspräsidenten veranlasst anzuordnen, dass jeder der knapp 1 400 Kandidaten von sechs bewaffneten Leibwächtern geschützt werden solle. Die Armee wurde zudem angewiesen, die Polizeikräfte bei der Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung zu unterstützen.

Februar 1989

Bei einer Wahlversammlung im Norden des Landes ist auf die Oppositionsführerin S. Bandaranaike ein Attentat verübt worden, das sie mit geringfügigen Verletzungen überstand.

Begleitet von zahlreichen blutigen Anschlägen, insbesondere auf Kandidaten der UNP und SLFP, ist in Sri Lanka am 15. Februar zum ersten Mal seit zwölf Jahren wieder ein neues Parlament gewählt worden. Als Siegerin ging erwartungsgemäss die regierende UNP aus dem Wahlgang hervor. Sie eroberte 125 der insgesamt 225 Sitze in der Nationalversammlung und damit die absolute Parlamentsmehrheit. Die grösste Oppositionspartei, Sri Lanka Freedom Party, erhielt 67 Parlamentssitze, dreizehn weitere entfielen auf die mit der LTTE kooperierende EROS und lediglich zehn auf die TULF; die verbleibenden Mandate wurden von kleineren Parteien und unabhängigen politischen Gruppen erobert. Trotz Wahlboykott und Morddrohungen seitens der tamilischen und singhalesischen Extremisten lag die Stimmbeteiligung bei rund 64 % und somit höher als erwartet. Ueber die genauen Wahlergebnisse geben die nachstehenden Tabellen Auskunft.

Ergebnis der Parlamentswahlen vom 15. Februar 1989:

Parteien	Anzahl Stimmen	In Prozent	Parlamentssitze
United National Party	2'837'961	50,7	125
Sri Lanka Freedom Party	1'780'599	31,8	67
United Socialist Alliance	160'271	2,9	3
Sri Lanka Muslim Congress	202,014	3,6	4
Mahajana Eksath Peramuna	95'793	1,7	3
Ersath Lanka Janatha Party	67'723	1,2	-
All Ceylon Tamil Congress	7'610	0,1	-
Tamil United Liberation Front (TULF-EPRLF-ENDLF-TELO)	188'593	3,4	10
Independent Block (EROS-EPDF)	221,998	3,9	13

Wahlbeteiligung in tamilischen Distrikten

Wahldistrikt	Anzahl Stimmen	in Prozent
Jaffna	592'210	44,8
Vanni	141'448	33,7
Trincomalee	152'289	67,8
Batticaloa	216'574	78,2
Amparai	265'768	84,5

Staatspräsident Premadasa hat ein neues Regierungskabinett ernannt, in dem er selbst drei Ministerämter, darunter das des Verteidigungsministers, ausübt.

4. POLITISCHE KRAEFTE

Nachstehend finden sich, aufs wesentlichste komprimiert, Informationen über die Aktivitäten der wichtigsten politischen Protagonisten Sri Lankas während des untersuchten Zeitraumes. Gewisse Ueberschneidungen liessen sich bei dieser - unvollständigen - Zusammenfassung nicht vermeiden.

4.1. Die srilankische Regierung / Armee

Obwohl die militante JVP mehrere hundert UNP-Mitglieder ermordet hatte, liess sich die srilankische Regierung von der eingeschlagenen politischen Linie nicht abbringen. Ex-Staatspräsident Jayewardene setzte mit erstaunlicher Hartnäckigkeit und Entschlossenheit Paragraph um Paragraph des umstrittenen indo-srilankischen Vertragswerks in Wirklichkeit um. Hierzu gehörte insbesondere die vielerorts mit Skepsis beurteilte Zusammenlegung der Nord- und der Ostprovinz. Dass trotz einer Gewaltwelle mehr als 50% der Stimmbürger an den Präsidentschaftswahlen teilnahmen und den UNP-Kandidaten Premadasa zu ihrem Staatschef wählten sowie dass die Regierungspartei aus den nachfolgenden Parlamentswahlen als Siegerin hervorging, darf als Absage an den Terrorismus der tamilischen und singhalesischen Militanten gewertet werden.

Gemäss dem indo-srilankischen Abkommen vom Juli 1987 durfte die srilankische Armee ihre Kasernen nicht verlassen und war somit von den Indern im Norden und Osten des Landes zur Untätigkeit verurteilt worden. Die aus Singhalesen zusammengesetzte Armee durfte lediglich in reinen Singhalesen-Gebieten patrouillieren oder - wie Zeitungsmeldungen zu entnehmen war - höchstens in Begleitung indischer Soldaten in die gemischten oder rein tamilischen Gebiete ausrücken. Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in den Südprovinzen Sri Lankas übernahmen ausschliesslich srilankische Sicherheitskräfte.

4.2. Indische Regierung / Indian Peace Keeping Force

Nach offiziellen Angaben sollen sich im November 1988 rund 50 000 indische Soldaten in Sri Lankas Norden und Osten befunden haben. Anfang Januar 1989 erfolgte der Abzug von über 3'000 Mann aus Sri Lanka; der Rest soll in den kommenden Monaten schrittweise abgezogen werden. Schätzungen über von der IPKF erlittene Verluste reichen von rund 600 Opfern nach Armeestatistiken bis über 1'000 Opfern gemäss Schätzungen von Armeekritikern. Diese Zahlen wie auch Mutmassungen über den finanziellen Aufwand des IPKF-Unternehmens, der sich auf mehrere Millionen Schweizerfranken pro Tag belaufen soll, sind nicht verifizierbar.

In militärischer Hinsicht haben die Inder die Operationsfähigkeit der LTTE in den vergangenen Monaten erheblich reduziert. Die Befreiungstiger sahen sich in ihrem Bewegungsspielraum im wesentlichen auf schwer zugängliche Gebiete begrenzt; zu einem offenen Schlagabtausch wie im Herbst 1987 ist es allerdings nicht gekommen. Die IPKF hat der LTTE zwar schwere, nicht aber entscheidende Verluste beigefügt; nach Schätzungen von Beobachtern sollen immer noch 2'000 bis 3'000 Tigers aktionsfähig sein. Insbesondere ist es der IPKF nicht gelungen, die LTTE-Führung zu eliminieren, deren Kommunikationslinien lahmzulegen und zu bewirken, dass die Befreiungstiger über einen geringeren Rückhalt in der Zivilbevölkerung verfügen.

Während die militärische Konfrontation zwischen der IPKF und der LTTE weiterging, bemühte sich die indische Regierung mit wechselndem Erfolg, den Dialog mit den Tigers - ihren früheren Schützlingen - aufrechtzuerhalten. Im Gegensatz zur Mehrzahl der Singhalesen waren die Inder lange Zeit der Ansicht, dass ein Abkommen ohne die LTTE wertlos sei. Dementsprechend versuchte Delhi mit grosser Geduld, die Militanten an den Verhandlungstisch zurückzuholen, in der Hoffnung, diese

würden im letzten Moment die Waffen niederlegen, Kandidaten für das Provinzparlament aufstellen und an den Parlamentswahlen teilnehmen. Zudem verstärkte Indien im Frühsommer 1988 - wohl auch von zunehmender srilankischer Ungeduld getrieben - den militärischen Druck auf die Tigers beträchtlich. Doch all diese Versuche, die LTTE zum Einlenken zu bewegen, schlugen fehl. Im September 1988 wurden dann - dies als Ausdruck einer härteren indischen Gangart gegenüber den Tigers - unter Berufung auf das nationale Sicherheitsgesetz die letzten der in Madras ansässigen LTTE-Führer in Haft genommen. Anfang Oktober 1988 haben die Inder über 150 dieser LTTE-Repräsentanten in Flugzeuge gesetzt und nach Jaffna gebracht, wo man sie in der Folge in einem indischen Camp festhielt. Unter den Ausgewiesenen befand sich auch "Kittu", der frühere LTTEKommandant von Jaffna. Ueber "Kittu" waren bis anhin sämtliche Geheimgespräche zwischen der indischen Regierung und dem LTTE-Führer Prabhakaran gelaufen. Diese Grossausschaffung wurde allgemein als Zeichen dafür gewertet, dass Delhi nun endgültig mit den Befreiungstigern gebrochen habe.

Der im Januar 1989 eingeleitete Rückzug von IPKF-Truppen aus Sri Lanka ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass breite Kreise in Indien immer weniger Verständnis dafür haben, dass der indische Staat eigene Soldaten opfert, um ein srilankisches Problem zu lösen und dafür auch noch mehrere Millionen Franken täglich ausgibt.

4.3. Sri Lanka Freedom Party

Die Führerin der SLFP, die ehemalige Ministerpräsidentin Sirimavo Bandaranaike, nutzte hemmungslos die Ressentiments ihrer Landsleute gegen Indien und die Abneigung der Singhalesen gegenüber Konzessionen an die tamilische Minderheit aus. Sie war lediglich zu einigen wirtschaftlichen Zugeständnissen bereit, nicht aber zu politischen. Laut ihrer Aussage gebe es keinen einleuchtenden Grund, warum das zentralistische System Sri Lankas durch ein föderalistisches abgelöst werden müsse.

Aus diesem Grunde boykottierte die SLFP die Provinzwahlen; aus wahltaktischen Erwägungen heraus hat sie sich wiederholt die Forderungen singhalesischer Chauvinisten zu eigen gemacht und sich besonders prononciert gegen die Vereinigung der Nord- mit der Ostprovinz ausgesprochen. Darüber hinaus forderte Frau Bandaranaike offen die militärische Lösung des "Tamilen-Problems", da die indische Friedenstruppe nicht in der Lage sei, die Befreiungstiger zu besiegen. Schliesslich bot die 72jährige Parteichefin im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen der JVP ein Wahlbündnis und später gar eine Regierungsbeteiligung an. Dies, obwohl sie 1971 von der damals noch marxistisch ausgerichteten JVP beinahe gestürzt worden wäre.

Bei den Präsidentschaftswahlen bekam Frau Bandaranaike rund 45% der Stimmen und belegte hinter Premadasa den zweiten Platz. Noch vor der Stimmabgabe hatte sie angekündigt, eine allfällige Niederlage bei Präsidentschaftswahl nicht hinnehmen zu wollen, was sie nach Bekanntgabe des relativ knappen Wahlergebnisses schliesslich auch in die Tat umsetzte, indem sie beim Obersten Gerichtshof um eine Nichtigkeitserklärung des Wahlganges ersuchte.

Bei den Parlamentswahlen konnte die SLFP, die sich von der knappen Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen offenbar noch nicht erholt hatte, nur 67 Mandate erobern. Sie bleibt dennoch deutlich die stärkste Oppositionspartei.

4.4. Janatha Vimukhti Peremuna

Seit ihrer Gründung hat die JVP zahlreiche ideologische Wandlungen durchgemacht. Einst marxistisch-trotzkistisch, heute militant singhalesisch, gehörte die JVP 1971 zu den Hauptträgern eines gegen die damalige Regierung von Frau Bandaranaike gerichteten Aufstandes, der mit massiver indischer Unterstützung schliesslich blutig niedergeschlagen wurde. Die Partei wurde in der Folge verboten und erst 1977 wieder zugelassen. Bei den Präsidentschaftswahlen von 1982 trat der JVP-Führer

Rohana Wijeweera als legaler Kandidat gegen Jayewardene an. 1983 wurde die Partei mit den antitamilischen Pogromen jenes Jahres in Zusammenhang gebracht, verboten und in den Untergrund gedrängt. In der Folge kam es zum bis heute andauernden Rückzieher auf die extrem-chauvinistisch singhalesische Position. Dennoch hat sich die JVP das Image einer marxistischen Volksbefreiungsfront bewahren können.

Als Kernanliegen fordert die JVP von der Regierung die sofortige Rücksendung der indischen Truppen und die uneingeschränkte Wiederherstellung der nationalen Souveränität. Darüber hinaus bekämpft sie jegliche Autonomiebestrebungen des tamilischen Bevölkerungsteils. Seit der Unterzeichnung des indo-srilankischen Abkommens macht der militante Flügel der Partei Jagd auf alle, die den Friedensvertrag anerkennen und zu Zugeständnissen an die Tamilen bereit sind. Der JVP-Terrorwelle sind inzwischen Hunderte von Politikern und Zivilisten - so allein im Monat November 1988 474 Personen - zum Opfer gefallen. Trotz massiven Einsatzes der srilankischen Sicherheitskräfte ist es der JVP gelungen, ihre Position im Süden des Landes zu festigen, den gesamten Staatsapparat wirksam einzuschüchtern und das öffentliche Leben mit Generalstreiks zeitweise völlig zu lähmen. Jedoch hat sie es nicht vermocht, sowohl die Provinzwahlen als auch die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen, zu deren Boykott sie aufgerufen hatte, zu verhindern. Es gehört zur Komplexität der srilankischen Innenpolitik, dass die JVP im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen von der UNP und SLFP als potentielle Alliierte umworben wurde; Frau Bandaranaike hat ihr für den Fall eines Wahlsieges sogar drei Ministersessel angeboten.

Zulauf erhält die JVP insbesondere aus der arbeitslosen Mittel- und Unterschichtsjugend, von singhalesischen Studierenden, militanten buddhistischen Mönchen sowie der srilankischen Armee, aus der ein grosser Teil samt Waffen zur JVP überlief. Diese dürfte somit vermutlich über ein ansehnliches Waffenarsenal verfügen.

4.5. Liberation Tigers of Tamil Eelam

Ueber 2'000 Mitglieder soll die LTTE seit Beginn der Kämpfe mit der IPKF bereits verloren haben, doch ist es dieser trotz Propagandaankündigungen nicht gelungen, die Befreiungstiger militärisch auszuschalten. Obwohl grösstenteils in unwegsames Hinterland zurückgedrängt, waren die LTTE-Kommandos immer wieder in der Lage, mit Landminen und Hinterhalten den indischen Truppen empfindliche Verluste zuzufügen und damit zugleich der Zivilbevölkerung zu beweisen, dass sie keineswegs besiegt seien. Die wahren, wenn auch nicht sichtbaren Herren im Nordosten des Landes scheinen somit die Befreiungstiger zu sein, die beispielsweise durchaus in der Lage sind durchzusetzen, an welchen und wievielen Wochentagen die Banken in einer bestimmten Region geöffnet haben müssen - dies entgegen anderslautenden Anordnungen seitens der Inder.

Ein Grossteil der tamilischen Bevölkerung sieht im 35jährigen LTTE-Führer Velupillai Prabhakaran inzwischen offenbar eine Art srilankischen Robin Hood, dem es gelungen ist, den Indern in militärischer Hinsicht erfolgreich zu trotzen und zugleich als Gesprächspartner akzeptiert zu bleiben. Die Befreiungstiger, die gewillt sind, bis zum letzten Mann zu kämpfen, werden bei ihren Aktionen von der tamilischen Bevölkerung unterstützt. Offen bleibt hierbei die Frage, inwieweit solche Hilfeleistungen auf Einschüchterung und Bedrohung zurückzuführen sind.

Die LTTE hat mit allen Mitteln, jedoch ohne Erfolg, versucht, die Parlamentswahlen vom November 1988 für die vereinigte Nord-Ost-Provinz zu verhindern, da sie sich mit einer solchen "Scheinlösung von Provinzräten ohne wirkliche Kompetenzen" - so ihr Chefideologe S.A. Balasingham - nicht zufrieden geben wollte. Die vergleichsweise hohe tamilische und muslimische Beteiligung an diesem Wahlgang wie auch an demjenigen für das Landesparlament wurde von Beobachtern als eine Absage der Bevölkerung an die LTTE gewertet. Es ist davon auszugehen, dass diese ihre gewaltsamen Aktivitäten auch gegen die neugewählten Provinzratsabgeordneten richten wird, zumal zwischen der LTTE und den drei ehemaligen Militantorganisationen eine alte Feindschaft besteht.

4.6. Weitere tamilische Organisationen

Im Gegensatz zur LTTE arbeiten die EPRLF, TELO und die ENDLF seit dem Friedensabkommen eng mit Indien zusammen. Sie haben sich als Parteien konstituiert und zu einem Wahlbündnis zusammengeschlossen, dank dem sie im Parlament der zusammgelegten Nord-Ost-Provinz über eine deutliche Mehrheit verfügen. So bleibt es Mitgliedern dieser "Three-Star-Group" vorbehalten, die Interessen der Tamilen im neuen Provinzparlament wahrzunehmen. Keine dieser drei Organisationen kann jedoch für sich in Anspruch nehmen, unter der tamilischen Bevölkerung eine breitere Vertrauensbasis zu besitzen.

Mitglieder der genannten Gruppen verfügen über eigene Parteibüros, führen unter dem Schutz der IPKF Bus- und Strassenkontrollen durch und beteiligen sich an Aktionen, die der Aufspürung von LTTE-Kämpfern gelten. Sie werden von den Indern auch - nicht selten in indischer Uniform - bei Kontrollen als sogenannte "Spotters" eingesetzt, um LTTE-Mitglieder zu identifizieren. Die Aktivitäten und Kompetenzen dieser Organisationen, zwischen deren Angehörigen und den Befreiungstigern es immer wieder zu erbitterten Kämpfen kam, sind nicht genau definiert. So patrouillierten beispielsweise während der Wahlen für das Provinzparlament in den Strassen von Trincomalee und Batticaloa, von den indischen Soldaten geduldet, bewaffnete EPRLF-Angehörige. In den Augen der LTTE handelt es sich bei den Mitgliedern der "Three-Star-Group" allesamt um Verräter an der tamilischen Sache, die überdies verschiedene Massaker an der Zivilbevölkerung verübt hätten, um die LTTE in Misskredit zu bringen, denen dann solche Taten von offizieller Seite angelastet würden.

Die PLOTE (People's Liberation Organization of Tamil Eelam) ist in den vergangenen Monaten kaum in Erscheinung getreten. Überdies besteht keine Eindeutigkeit über ihre Beziehungen zu der LTTE bzw. der "Three-Star-Group". So konnte der Presse entnommen werden, dass PLOTE-Mitglieder von der IPKF verhaftet wurden, woraufhin die PLOTE einen zweitägigen

Streik ausrief. Einige Wochen später haben PLOTE, TELO und EPRLF ein gemeinsames Büro nahe eines IPKF-Camps eröffnet. Auch hat die PLOTE von der LTTE ausgerufene Generalstreiks unterstützt; andererseits jedoch begleiteten PLOTE-Mitglieder die indischen Soldaten bei Suchaktionen nach Befreiungstigern. Bezüglich der EROS (Eelam Revolutionary Organization of Students) ist darauf hinzuweisen, dass diese frühere militante Organisation an den Parlamentswahlen teilnahm und völlig unerwartet gleich 13 Mandate eroberte. Die EROS verfügt über enge Beziehungen zur LTTE.

Die moderate TULF (Tamil United Liberation Front) spielte in den vergangenen Monaten im politischen Prozess keine massgebliche Rolle. A. Amirthalingam, der prominente TULF-Generalsekretär, ist im Sommer 1988 aus seinem Exil in Südindien nach Sri Lanka zurückgekehrt. Er erklärte, die TULF würde zwar ausdrücklich die Durchführung von Provinzwahlen begrüßen, allerdings nicht daran teilnehmen, um zu verhindern, dass die eigenen Kandidaten von den Tigers erschossen würden. Zudem sei es für eine der Gewaltlosigkeit verpflichtete Partei nicht möglich, sich an Wahlen zu beteiligen, für die die Bewaffnung von Kandidaten unerlässlich sei. Die TULF nahm jedoch an den Parlamentswahlen teil, eroberte aber lediglich zehn Sitze. Dieses nicht unerwartete Ergebnis reflektiert den deutlichen Bedeutungsverlust, den diese tamilische Traditionspartei erlitt.

5. MENSCHENRECHTSSITUATION

Bereits aus der letzten Lagebeurteilung Sri Lanka ging hervor, dass sich seit Unterzeichnung des indisch-srilankischen Friedensabkommens eine Zunahme der Gewaltakte im ganzen Lande verzeichnen lässt. Diese Tendenz setzte sich auch in der aktuellen Beurteilungsperiode in bezug auf die Menschenrechtssituation fort. Als verantwortlich für Menschenrechtsverletzungen erwiesen sich neben der srilankischen Regierung und ihren Organen die IPKF, die von Sri Lankan Special Task Force, Sri Lankan Home Guards und Three Stars unterstützt wurden.

Schlüsselereignisse für die Menschenrechtssituation waren in der Beurteilungsperiode - in chronologischer Abfolge - die folgenden:

- Im April 1988 wurde, trotz einer im Februar 1988 durch Präsident Jayewardene in einem BBC-Interview gegebenen Zusicherung, Amnesty International habe "freien Zugang zu Sri Lanka", eine AI-Delegation wieder ausgeladen. Die Begründung dafür lautete, ein solcher Besuch sei "zum jetzigen Zeitpunkt" unmöglich und erfolgte offenbar aufgrund eines AI-Reports, der der srilankischen Regierung zweimal vorgelegt worden war.
- Im Juni 1988 begannen die IPKF während der militärischen Offensive "Checkmate" Hunderte von verdächtigen Personen - grossenteils Jugendliche - festzunehmen. Diese Festnahmen setzten sich im Juli 1988 fort.
- AI veröffentlichte am 21. Juni 1988 einen neuen Bericht. Aus diesem geht hervor, dass immer noch rund 650 Gefangene unter den Bestimmungen des Ausnahmezustandes und der "Prevention of Terrorism Act" ohne Prozess - z.T. schon über drei Jahre lang - festgehalten würden, obschon eine Amnestie im indisch-srilankischen Friedensabkommen vorgesehen ist. Die meisten dieser Gefangenen befänden sich im

Boosa Army Camp im Süden des Landes. Die Zahl der "Verschwundenen" sei laut AI zwar tendenziell im Abnehmen begriffen, doch befänden sich unter ihnen nicht mehr nur Tamilen aus den Ost- und Nordgebieten, sondern vermehrt Singhalesen aus dem Süden. Schwere Uebergriffe lastet der AI-Bericht den im Osten und Norden der Insel stationierten indischen Truppen an. So hätten mehrere Dutzend tamilische Frauen unter Eid ausgesagt, von indischen Truppenangehörigen vergewaltigt worden zu sein; die IPKF habe zudem Festgenommene "verschwinden" lassen und wehrlose Zivilisten, darunter ältere Menschen, Frauen und Kinder ermordet.

Diese Anschuldigungen von AI bezeichnete in der Folge der indische Botschafter in Sri Lanka als unwahr.

- Durch eine Meldung des "Indian Express" wurde am 27.7.1988 bekannt, dass in indischen Camps im Norden und Osten des Landes, insbesondere in Palali und Kankesanturai, an die 2'500 Personen im "terrorismusverdächtigen Alter" festgehalten würden. Maskierte Mitglieder der Three Stars hülften der IPKF bei der Identifizierung von LTTE-Mitgliedern oder -Sympathisanten.
- Im Juli 1988 lehnte die indische Regierung den Antrag führender Politiker aus Tamil Nadu ab, Vertreter des Roten Kreuzes sowie ausländische Korrespondenten in die Gebiete von Vavuniya und Mullaitivu einzulassen.
- Ebenfalls im Juli 1988 appellierte AI an die srilankische Regierung, das Projekt "Indemnity Act" zurückzuziehen, demzufolge alle diejenigen Personen vor Verfolgung und Bestrafung hätten geschützt werden sollen, die legal oder illegal zwischen Juli 1979 und Dezember 1987 an Inhaftierung und Verfolgung von Bürgern beteiligt waren, die unter die Bestimmungen des "Prevention of Terrorism Act" fielen. Der Rückzug dieser Vorlage, welche die Unantastbarkeit von Folterern und anderen Menschenrechtsverletzern zur Folge gehabt hätte, erfolgte im November 1988.

- Ein weiterer AI-Bericht im August 1988 betonte erneut, dass insbesondere im Norden und Osten des Landes, der indischen Besatzungszone, Menschenrechtsverletzungen vorkämen. Auch die Sri Lankan Special Task Force und die Sri Lankan Home Guards würden für Morde und das "Verschwindenlassen" zahlreicher Menschen verantwortlich gehalten. Im weiteren enthielt dieser AI-Bericht die Mitteilung, dass nach Sri Lanka zurückkehrende tamilische Asylbewerber in Colombo durch die staatliche Polizei oder aber nach Rückkehr in ihre Heimatgebiete in der Gegend von Jaffna durch die IPKF inhaftiert und misshandelt worden seien.
- Ende September wurden erstmals wieder Gefangene freigelassen, die sich nach dem "Prevention of Terrorism Act" oder anderen Sondergesetzen in Haft sassen. Unter den Freigelassenen befanden sich keine LTTE-Mitglieder.
- Ebenfalls im September wurden erstmals wieder ausländische Journalisten mit offizieller Genehmigung nach Jaffna gelassen.
- Im November 1988 erging ein Regierungsbeschluss, demzufolge die Sicherheitskräfte das Feuer auf Personen eröffnen dürfen, die die Ausgangssperre missachten.
- Im November/Dezember 1988 wurde bekannt, dass im Boosa Army Camp zunehmend Singhalesen festgehalten würden. Ihre Anzahl soll rund 750 bis 800 betragen, darunter 24 buddhistische Priester.
- Während der ganzen Beurteilungsperiode erschienen in den Zeitungen täglich Berichte darüber, wieviele Tamilen im Norden und Osten verhaftet wurden; allwöchentlich belief sich ihre Anzahl in die Hunderte. Die Verhafteten blieben in der Regel während 24 Stunden bis maximal sechs Monate in den indischen Lagern festgesetzt.

Bezüglich der allgemeinen Sicherheitslage in Sri Lanka kann festgehalten werden, dass sich diese nach Einschätzung der schweizerischen Vertretung in Colombo für alle Bevölkerungsteile gleichermassen "précaire" darbietet; die tamilische Minderheit im besonderen sei gegenwärtig keiner staatlichen Verfolgung ausgesetzt.

6. RUECKKEHR SRILANKISCHER STAATSANGEHOERIGER IN IHR HEIMATLAND

6.1. Rückkehr aus Südindien

Detaillierte Auskunft über das Rückkehrprogramm des UNHCR für Tamilen aus Indien geben zwei im August und November 1988 publizierte Berichte des Flüchtlingskommissariats. Diesen beiden Schriften kann im wesentlichen entnommen werden, dass seit Dezember 1987 - dem Beginn des Rückkehrprogramms - bis Ende November 1988 rund 25'000 Tamilen unter dem Patronat des UNHCR aus Indien nach Sri Lanka zurückgekehrt sind. Die nachfolgende Aufstellung enthält genaue Angaben über den Bestimmungsort und die Anzahl der Rückkehrer:

Jaffna	6 599 Personen / 3 260 Familien
Mannar	11 642 Personen / 2 914 Familien
Trincomalee	2 498 Personen / 662 Familien
Vavuniya	3 528 Personen / 903 Familien
andere	<u>808</u> Personen / <u>246</u> Familien
Total	25 075 Personen / 7 985 Familien

Bezüglich der Gesamtzahl der aus Indien nach Sri Lanka zurückgekehrten Tamilen bleibt festzuhalten, dass weitere rund 15'000 Personen freiwillig die Heimreise antraten, ohne die Hilfe des UNHCR beansprucht zu haben. Dieses hat in den vergangenen Monaten seine Bemühungen intensiviert, auf Sri Lanka eine leistungsfähige UNHCR-Infrastruktur aufzubauen. Hierzu gehörte insbesondere die Eröffnung weiterer Empfangszentren. Das UNHCR verfügt gegenwärtig in Sri Lanka über Büros in Colombo, Mannar, Jaffna und seit September 1988 auch in Trincomalee.

Wegen der zu erwartenden witterungsbedingten Schwierigkeiten (Monsun) für den Fährbetrieb in der Palk-Strasse sowie um den politischen Prozess auf Sri Lanka nicht zu beeinträchtigen,

hat das UNHCR im November 1988 einen rund viermonatigen Unterbruch der Schiffstransporte beschlossen. Nachdem nun die Wahlen vorüber sind, und der Fährbetrieb wieder aufgenommen werden kann, hofft das UNHCR, dass bis Oktober 1989 etwa 50'000 weitere Tamilen unter seiner Obhut nach Sri Lanka zurücktransportiert werden können.

6.2. Rückkehr aus der Schweiz

6.2.1 Numerische Entwicklung

88/89	freiwill. Rückkehr	Heimschaffung (Drogendel. u. Verbrecher)	Rückkehrhilfe in Anspruch genommen
April 88	3	1	2
Mai	2	1	1
Juni	7	1	3
Juli	2	1	1
August	5	2	1
September	6	2	3
Oktober	8	1	6
November	3	3	-
Dezember	3	1	1
Januar 89	7	3	3
Februar	1	-	-
Total	47	16	21

6.2.2 Summe und Modalitäten der Auszahlung

Gesamtsumme: 3'000 Rupien

Modalitäten: a) Rückkehrhilfe wird sowohl an freiwillig als auch an zwangsweise Heimgekehrte ausgerichtet.

b) Zweimalige Auszahlung:

1. Auszahlung - 2'000 Rupien - binnen zweier Monate nach Rückkehr; nach Ablauf dieser Periode Verwirkung der Rückkehrhilfe.

2. Auszahlung - 1'000 Rupien - ab zwei weiteren Monaten und innerhalb zweier Monate.

Zwischen April 1988 und Februar 1989 kehrten somit insgesamt 63 srilankische Staatsangehörige in ihr Heimatland zurück. Lediglich ein Drittel von ihnen nahm dabei die Rückkehrhilfe der Schweiz in Anspruch. Eine Tendenz für die künftige Entwicklung der Rückkehrzahlen lässt sich aus dem vorliegenden Material nicht ableiten.

7. SCHLUSSFOLGERUNGEN

In den Schlussfolgerungen der letzten DFW-Lagebeurteilung Sri Lankas vom April 1988 wurde festgehalten, die Situation in diesem Land, dessen künftige politische Entwicklung von mehreren Unbekannten abhängt, müsse als komplex und instabil bezeichnet werden.

Dieser Befund, der angesichts der vielschichtigen innenpolitischen Probleme Sri Lankas kaum erstaunlich ist, besitzt zum gegenwärtigen Zeitpunkt immer noch Gültigkeit. So ist die militante JVP infolge ihrer ausgedehnten Terror- und Einschüchterungskampagne in den vergangenen Monaten zu einem Machtfaktor geworden, der die Stabilität des Staates ebenso ernsthaft zu bedrohen vermag wie die militärisch unverändert schlagkräftige LTTE. Beide Organisationen - extrem nationalistische Positionen vertretend - verfügen über genügend Störpotential, um den politischen Prozess in einer Sackgasse enden zu lassen.

Ein solcher hat nämlich, und dies ist wesentlich, nach mehrmonatiger Stagnation an der politischen Front eingesetzt und Bewegung in den Befriedigungsprozess gebracht. So konnten trotz massivsten Widerstandes und Boykotts insbesondere seitens der JVP und LTTE, ungeachtet zahlloser Gewaltakte gegenüber Zivilisten, Politikern und Soldaten Provinzrats-, Präsidentschafts- und Parlamentswahlen durchgeführt werden. Die Tatsache, dass eine solch rasche Abfolge von Urnengängen auf Provinz- und Landesebene überhaupt möglich war, bietet einen Ansatz dafür, dass die krisengeschüttelte Inselrepublik mittelfristig zur politischen Stabilität zurückgeführt werden kann. Bei dieser vorsichtig optimistischen Lageeinschätzung wird keineswegs ausser acht gelassen, dass der Weg zu einer politisch tragfähigen Lösung unvermeidlicherweise von Rückschlägen und Risiken begleitet sein wird. So ist unter anderem zu befürchten, dass ein überstürzter Abzug der indischen Truppen aus Sri Lanka - ein Abzug überhaupt - den Bürgerkrieg zwischen Tamilen und Singhalesen wieder aufleben lassen wird.

Eine Schlüsselrolle kommt dabei dem neugewählten Staatspräsidenten Ranasinghe Premadasa und seiner aus den verschiedenen Wahlen stets siegreich hervorgegangenen UNP zu. Angesichts der politischen Polarisierung und Militarisierung der sri-lankischen Gesellschaft wird er mit wohlüberlegten Schritten insbesondere versuchen müssen, die Extremisten verschiedener Schattierungen in den angelaufenen politischen Prozess einzubinden. Nur unter dieser Voraussetzung kann das gegenwärtig noch ferne Ziel - Aussöhnung zwischen den beiden grössten Bevölkerungsgruppen, den Singhalesen und Tamilen - realisiert werden.

DELEGIERTER FUER DAS FLUECHTLINGSWESEN
Sektion Asylverfahren II



Stephan Parak, Dienstchef
(Verfasser dieser Lagebeurteilung)